

Große Anfrage

**der Abgeordneten Kühn (Hildesheim), Stingl, Frau
Schroeder (Detmold), Dr. Jungmann, Adorno und der
Fraktion der CDU/CSU**

**betr. Situation der Kinder in der Bundesrepublik
Deutschland**

1. In der Öffentlichkeit wird immer wieder auf das Fehlen einer ausreichenden Zahl von geeigneten Spielplätzen für Kinder hingewiesen.

Was ist der Bundesregierung hierüber bekannt und welche Möglichkeiten sieht sie gegebenenfalls, um hier Abhilfe zu schaffen?

2. Trifft es zu, daß seit Jahren bei der Einschulung in wachsendem Maße Haltungsschäden der Kinder festgestellt werden?
Hält es die Bundesregierung für erforderlich und möglich, zusätzliche Maßnahmen z. B. auf dem Gebiet der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge oder der Kindererholung zu ergreifen, um die gesundheitliche Situation der Kinder zu verbessern?

3. Aus der Frauenenquete der Bundesregierung geht hervor, daß Kindergärten und Kindertagesstätten nicht in ausreichendem Umfange zu Verfügung stehen.

Was ist der Bundesregierung über das zahlenmäßige Ausmaß des Bedarfs an solchen familienergänzenden Einrichtungen und seine Gründe bekannt?

Auf wieviel Kinder im vorschulpflichtigen Alter entfällt ein Kindergarten bzw. eine Kindertagesstätte in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten?

4. Für die Entwicklung des Kindes sind familiengerechte Wohnbedingungen, die jedem Kind wenigstens seinen „eigenen Platz“ in der Wohnung sichern, von grundlegender Bedeutung. Wie familiensoziologische Erhebungen in einer Reihe von Städten zeigen, ist die Wohnraumversorgung gerade bei größeren Familien weithin unbefriedigend.

Hält die Bundesregierung die bestehenden Wohnungsbau-gesetze im Hinblick auf die Wohnungsversorgung der Fa-milien mit mehreren Kindern für ausreichend?

5. Nach allen vorliegenden Beobachtungen erfüllen die Eltern ihre Aufgabe der Geschlechtererziehung, die sich über die gesamte Kindheit erstreckt, weithin ungenügend.

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um etwa im Rahmen von Familienbildungsmaßnahmen die Eltern auf diese Aufgabe besser vorzubereiten?

6. Die Betreuung und Erziehung des behinderten Kindes bringt erfahrungsgemäß besondere Schwierigkeiten für die betrof-fenen Familien mit sich.

Wo liegen nach Auffassung der Bundesregierung die haupt-sächlichen Probleme und welche Maßnahmen sind bisher bereits getroffen worden, um den Eltern bei der Bewälti-gung dieser Probleme zu helfen.

Welche Planungen bestehen in dieser Hinsicht?

7. Was ist der Bundesregierung bekannt über die Zahl der Erziehungsberatungsstellen und das Ergebnis deren Arbeit? Hält die Bundesregierung den weiteren Ausbau dieser Ar-beit für notwendig?
8. Was ist der Bundesregierung bekannt über die Zahl der in Dauerkinderheimen untergebrachten Kinder, über die Be-legungsdichte und über die Gründe, aus denen die Kinder dort untergebracht werden müssen.

Bonn, den 7. Dezember 1966

Kühn (Hildesheim)
Stingl
Frau Schroeder (Detmold)
Dr. Jungmann
Burgemeister
Dichgans
Frau Enseling
Franke (Osnabrück)
Missbach
Rock
Schröder (Sellstedt)
Frau Dr. Wolf
Adorno und Fraktion